Die Verkehrsarbeiter mahnen: Wählt KPD!

Der Kampf gegen die Massenmaßregelungen. Das werktätige Berlin organisiert die Solidaritätsaktion

Wie jetzt die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Berliner Verkehrsarbeiterstreik mit der Organisierung des offenen Streikbruches erdolcht haben, so haben ihre Dresdner Kumpane im vergangenen Jahre bei dem Straßenbahnerstreik in Dresden ebenfalls gemeinsam mit den Nazis an der Seite der Direktion gestanden.

Sozialdemokratische und christliche Betriebsräte verhandelten damals mit dem Polizeipräsidium wegen Einsatz von Polizei gegen Streikende. Sie stimmten der Entlassung von roten Betriebsräten zu und traten vor Gericht als Hauptbelastungszeugen für die Direktion auf.

Jede der von der Dresdner Straßenbahn durchgeführten tarifreformen brachte brutale Verschlechterungen. Immer war es das Hauptziel, Entlassungen durchzuführen. Genau so wie jetzt in Berlin die Direktion der Verkehrsgesellschaft den Streik zum Anlaß benutzte, die schon vorher geplanten Massenentlassungen durchzuführen.

Die Empörung der werktätigen Bevölkerung Berlins über die brutalen Massen-Maßregelungen der BVG-Direktion wächst von Tag zu Tag. Unter dieser Massenstimmung muß sogar der „Vorwärts", der während des Kampfes die Streikenden infam beschimpft hat, heuchlerisch gegen die Maßregelungen „protestieren". Aber die BVG-Arbeiter und die Werktätigen Berlins wissen, daß die streikbrecherischen SPD-Führer schuld sind, wenn die Direktion der BVG eine solche Provokation wagen kann, denn

nur durch den organisierten Streikbruch der SPD-Führer wurden die kämpfenden Arbeiter um die Früchte ihres Kampfes gebracht.

Aber auch die übrige kapitalistische Presse muß unter dem Druck der Massenempörung sich gegen die scharfmacherische BVG-Direktion wenden. Dabei enthüllt das „Berliner Tageblatt" in seiner Morgenausgabe vom 10. November einen infamen Plan der Direktion. Das Blatt schreibt wörtlich:

„Schon vor dem Streik war es offenbar die Absicht der BVG., etwa 3000 Angestellte und Arbeiter zu entlassen."

Obwohl schon bisher die Kräfte der BVG-Arbeiter aufs äußerste ausgepreßt wurden, will also die Direktion diese Ausbeutung ins grenzenlose steigern. Das Berliner Tageblatt erinnert ferner an weitere Einzelheiten des BVG-Skandals, an die lebensgefährlich überfüllten Wagen, an ungeheuerliche Grundstücks- und Bauspekulation, an Riesengehälter der Direktoren, an die Einführung der lebensgefährlichen Strombremsen, an 200 gebaute unbrauchbare Wagen usw.

Aber die Berliner Arbeiter durchschauen die Heuchelei. Sie vergessen nicht, daß alle die Kapitalsblätter vom „Vorwärts" bis zur DAZ die kämpfenden Arbeiter wütend beschimpft haben, daß sie zu den brutalsten Maßnahmen aufforderten, daß sie auch jetzt nur heuchlerische Worte haben.

Das werktätige Berlin selbst organisiert die Solidaritätsaktion.

In einer Reihe von Berliner Betrieben sind die Betriebsräte dabei, Delegationen zusammenzustellen. In allen Stadtteilen Berlins beginnen Solidaritätsküchen, in denen die Gemaßregelten und ihre Familien verpflegt werden. Nicht nur die BVG-Arbeiter, sondern auch zahlreiche andere Betriebe führen große Sammlungen durch. So hat die Belegschaft der Zigarettenfabrik „Solidarität" beschlossen, daß jeder Arbeiter einen Stundenlohn für die Gemaßregelten abführt. Auch von kleinen Geschäftsleuten laufen noch zahlreiche Spenden ein.

Der Kampf um die Wiedereinstellung der Gemaßregelten und die Entfaltung der Solidaritätskampagne ist ein Teil der Vorbereitungen zu neuen Kämpfen der Arbeiterschaft.

Die Arbeiter in Sachsen, die morgen zu den Kommunalwahlen nochmals Gelegenheit haben, den sozialdemokratischen Streikbrecherorganisatoren eine Antwort auf ihre schändlichen Verbrechen zu erteilen, müssen deshalb ihre Stimme den Kommunisten geben!

Arbeiterinnen-Versammlung bei Seidel & Naumann

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 3. November fand in der Kantine bei Seidel & Naumann eine Arbeiterinnenversammlung, einberufen vom DMV, statt. Das Thema lautete: „Die Arbeiterin im Tarifvertrag." Die Versammlung wurde eröffnet mit den Worten: „Es ist traurig, daß die Kolleginnen so wenig Pflichtbewußtsein haben", weil man feststellen mußte, daß von den 600 Frauen, die bei Seidel & Naumann beschäftigt sind, nur ungefähr 40 Frauen erschienen waren. Zum Thema selbst sprach dann die Frauenleiterin des DMV, Pflughbeil. Sie ging zurück bis auf das Jahr 1900, um zu zeigen, daß die Arbeiterinnen in dem vergangenen Jahrhundert auch keine höheren Löhne hatten als heute. Ueber die damaligen Preise hat sie nichts erzählt. Die alte Forderung des Verbandes, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, hätten sie als Verband immer in den Vordergrund gestellt. Aber leider wären die Verhältnisse jetzt so ungünstig. Sollten die Verhältnisse wieder einmal günstiger werden, dann würde der Verband auch für die Anpassung der Frauenlöhne an die Männerlöhne sorgen. Weiter ermahnte die Frauenleiterin die anwesenden Kolleginnen, sie sollten nicht „nur Nutznießer" sein, sondern alle tüchtig mithelfen und werben für den Verband.

Dann sprach Teuber, Betriebsratsvorsitzender der SPD. Er verwies auf die letzte Betriebsversammlung im Trianon, wo die Frauen fast restlos erschienen waren und heute müßte man so einen schlechten Besuch der Frauenversammlung feststellen. Und zum Schluß: Jede Arbeiterin soll bei den kommenden Wahlen SPD wählen.

Die Arbeiterinnen, die gerade in den letzten Kämpfen überall mit in vorderster Linie gestanden haben, wollen die sozialdemokratischen Phrasen nicht mehr hören. Deshalb kommen sie nicht in die vom Verband einberufenen Versammlungen. Wenn die Vertrauensmännin Polle sagt, daß die Arbeiterinnen so „wenig Pflichtbewußtsein" hätten, so liegt es daran, daß die Frauen das Vertrauen verloren haben, weil sie tagtäglich an ihrem eigenen Körper erfahren, wie der angebliche „Kampf" der Gewerkschaften in Wirklichkeit aussieht. Das hat ja die letzte Betriebsversammlung im Trianon bewiesen, wo die Arbeiterinnen bitter enttäuscht wurden. Statt daß man Kampfmaßnahmen ergreift, läßt man über das Ergebnis der Direktion abstimmen. Das war auch ein „kleineres Uebel".

Es gibt nur ein Land wo man die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" verwirklicht hat und das ist Sowjetrußland. Deshalb geben alle Arbeiterinnen nur den Listen der Kommunisten ihre Stimme!

Gewerkschaftler wählen Kommunisten

Die Streikbruchorganisatoren treiben Wahlpropaganda für die SPD aus Mitteln der Mitgliedsbeiträge

Der ADGB-Ortsausschuß Dresden treibt auf Kosten der Mitgliedsbeiträge auch bei den Gemeindewahlen Propaganda für die SPD. Er läßt an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein gedrucktes Schreiben verteilen, in welchem sie aufgefordert werden, zur Wahl zu gehen und der SPD die Stimme zu geben. In diesem Schreiben werden die Gewerkschaftsmitglieder für ihr eigenes Geld noch verhöhnt. Es heißt es zum Beispiel:

„Eine starke sozialistische Vertretung im Dresdner Stadtverordnetenkollegium bietet die Gewähr, daß auf den für die Arbeiterschaft wichtigen Gebieten der Wohlfahrts- und Fürsorgetätigkeit, in Kultur- und Schulfragen und in der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht reaktionäre Willkür, sondern sozialer Fortschritt das Ziel ist. ... Ob die Gesetze reaktionär oder in sozialfortschrittlichem Sinne ausgelegt und durchgeführt werden, das ist im wesentlichen davon abhängig, ob eine Gemeinde sozialdemokratisch oder reaktionär regiert wird."

Als der sozialdemokratische Stadtrat und Wohlfahrtsdezernent Kirchhof die Kinderspeisung in den Schulen und die Freistellen für die Kriegsblinden abbaute, war das „sozialer Fortschritt".

Als die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtparlament die Anträge der KPD, keinen Lohn- und Gehaltsabbau durchzuführen, ablehnte, war das nach der Meinung des ADGB-Ortsausschusses eine „soziale Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse".

Als Kirchhof die Pflichtarbeiter maßregelte und ihnen androhte, sie ins Arbeitshaus sperren zu lassen, so war das wohl die sozialdemokratische „Auslegung der Gesetze im fortschrittlichen Sinne"?

Wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bei allen Kämpfen den Arbeitern in den Rücken fallen, so führten die SPD-Vertreter in den Gemeindeparlamenten jede reaktionäre Maßnahme durch. Wenn die Gewerkschaftsbonzen, die Organisatoren des ungeheuerlichen Streikbruches gegen die Berliner Verkehrsarbeiter, die Gewerkschafter auffordern, der SPD ihre Stimme zu geben, so wissen die Proletarier, daß sie in ihrem eigenen Interesse dieser Aufforderung keine Folge leisten dürfen.

Nur die KPD hat in allen Kämpfen der Arbeiterschaft die Forderungen der Armen und Ausgebeuteten zu den ihren erhoben und sich mit ganzer Kraft dafür eingesetzt. Nur die KPD trägt das Banner der revolutionären Klassenkampfes. Sie allein ist imstande die Arbeiterklasse zur Freiheit zu führen. Deshalb gibt jeder Gewerkschafter, jede Kollegin nur der Liste der Kommunisten die Stimme!

Die Arbeitsdienstler streiken

Bekundet eure Solidarität mit den kämpfenden Jungproleten und wählt Kommunisten!

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Streik der Jungproleten im Arbeitsdienstlager Klein-Zschachwitz lenkt wieder einmal den Blick auf die unerhörten Zustände, die in den Arbeitsdienstlagern herrschen. In Klein-Zschachwitz wird vom bürgerlichen Sportverein auf Kosten der Arbeitsdienstverwaltung ein neuer Sportplatz gebaut. Die Arbeitsdienstler erhalten 2 Mark pro Tag. Von der Vereinsleitung werden 20 Pfennig einbehalten als „Kaution", um den Jugendlichen Strafen vom Lohn einbehalten zu können, wenn sie einmal zu spät kommen. Die Arbeitsdienstler wohnen zum größten Teil auswärts, z. B. in Dresden, Pirna und Copitz. Das Fahrgeld, der Lebensunterhalt und die Kosten für die Arbeitskleidung soll alles von den 20 Mark Wochenlohn bestritten werden.

Die Lohnzahlung, die Sonnabends sein soll, findet ganz unregelmäßig statt. Das Geld wird nur gezahlt, wenn der Vereinsführer bei seinen Freunden etwas zusammenschnorren kann. Die Jugendlichen fragen mit Recht, wo das Geld bleibt, das wöchentlich vom Landesarbeitsamt überwiesen wird. Ist aber einmal ein Vergnügen des Sportvereins, dann bekommen die Arbeitsdienstler sofort ein paar Groschen ausgezahlt. Sie müssen sich aber verpflichten, zu dem Vergnügen zu erscheinen. Als sie am Montag die Arbeit niederlegten, und die Auszahlung ihres Lohnes forderten, erhielten sie 7 Mark Abschlag. Dafür wurden aber dann 23 Kollegen gemaßregelt, was am Donnerstag zu einem neuen Streik führte.

In der Kantine werden die Jungarbeiter geradezu zum Fasten angehalten, so daß einige schon eine „ganze Latte stehen" haben. Als jetzt dem Vereinsvorsitzenden bekannt wurde, daß sich ein Arbeiter einmal etwas Gebäck gekauft hatte, schimpfte er:

„Ihr Lumpenproletarier bekommt nur viel zu viel. 6 Mark sind genug für euch!"

Bei den schweren Bauarbeiten werden die Jugendlichen von den Mitgliedern des bürgerlichen Vereins angetrieben. Als einmal ein junger Arbeitsdienstler eine schwere Karre nicht fortbrachte, kam ein Mitglied des Vorstandes, Wagner, und sagte: „Die Kleinigkeit wirst Du wohl fortbringen." Er packte die Karre selbst an. Obwohl er gut genährt und viel kräftiger ist als der Jungarbeiter, ließ er sie nach 5 Metern wieder stehen.

Wenn einmal ein Arbeiter ein Stück altes Holz mit nach Hause nehmen will, wird er sofort angeschnauzt und verwarnt.

Die Arbeitsdienstler sind jetzt entschlossen, ihren Kampf fortzusetzen, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind. Sie können mit der aktivsten Solidarität der gesamten werktätigen Bevölkerung rechnen.

Der Stadtrat diktiert

Auch in dem Arbeitsdienstlager Zschieren sind die Jungarbeiter in den Streik getreten, weil der bürgerliche Turnverein, für den sie einen Sportplatz herstellen, keinen Lohn auszahlt. Die Jugendlichen kommen aus der ganzen Umgebung bis von Radebeul zur Arbeit. Für 1,60 Mark müssen sie 6½ bis 7 Stunden arbeiten. Außerdem wird die Zeit von 7 bis 10 Uhr abends mit Sport, Vorträgen usw. ausgefüllt. Ein gewisser Schober hat Streikbrecherarbeit geleistet. Sein Verhalten ist um so schändlicher, weil er sich am Tage vorher noch in die Streikleitung wählen ließ. Selbst die Mitglieder des bürgerlichen Sportvereins sind über die skandalöse Behandlung der Jugendlichen empört.

Der Streik der Arbeitsdienstler in Mügeln ist ausgebrochen, weil der Stadtrat auf den Wunsch des Arbeitsamtes einen Nazihetzer eingesetzt hat. Die Jungproleten duldeten es nicht, daß man ihnen einen Nazi auf die Nase setzt. Jetzt will der Stadtrat das Lager „umbilden". Das heißt, er will den Streikbruch organisieren.

Dieses Beispiel zeigt mit besonderer Deutlichkeit mit welcher Brutalität die Stadtverwaltungen gegen die Arbeitsdienstler vorgehen. Die gesamte Arbeiterschaft muß morgen ihre Solidarität mit den streikenden Jungproleten bekunden und die Liste der Kommunisten wählen!

Gewerkschaftsbonzen sorgen für sich

Bei der Umwandlung der städtischen Werke in Dresden in Aktiengesellschaften, die 1929 nach den Plänen Bührers vom Stadtverordnetenkollegium beschlossen wurde, nachdem man mit der Polizei die gesamte kommunistische Stadtverordnetenfraktion aus dem Saale hatte schleppen lassen, wurde

der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, der SPD-Mann Förster, Personaldezernent bei der Drewag mit einem Jahresgehalt von 11 700 Mark.

Auf seine Initiative sind alle Abbaumaßnahmen zurückzuführen, die von der Drewag gegen die Arbeiter und Angestellten durchgeführt wurden.

Heute werben die SPD- und Gewerkschaftsbonzen wiederum um die Stimmen der Arbeiter. Gebt ihnen darauf die richtige Antwort:

Alle Stimmen der Liste der KPD!

Die Streikbrecherrolle der Nazipartei!

Ueber die Rolle der Nazis in den Streikkämpfen der Arbeiter gegen den Lohnraub berichten wir ausführlich in unserer großen Sonderausgabe am Montag, dem 14. November.

Ein jeder Arbeiter muß am Montag die Arbeiterstimme unbedingt lesen!

SPD-Bonzen fürchten KPD-Diskussionsredner

Kurpat gesteht: „Zwischen privater AG und Gemeindebetriebs-AG besteht kein Unterschied"

„Wir wollen mit den Nazis diskutieren. Ein Kommunist darf nicht in unserer Versammlung sprechen."

Mit diesen Worten wurde gestern die öffentliche Versammlung der SPD im Trianon eröffnet. Weder der Personalchef der Drewag, Förster, noch der Ponze Kurpat vom Gesamtverband gingen in seinem Referat über „Die Bedeutung der öffentlichen Unternehmen" auch nur mit einem Wort auf die Löhne, Arbeitsverhältnisse, Entlassungen usw. in den Kommunalbetrieben ein. Darüber darf in einer SPD-Versammlung nicht gesprochen werden. Deshalb wird auch keinem Kommunisten das Wort gegeben.

Die Gemeindebetriebe gehören doch mit zu den „sozialen Errungenschaften der SPD". Deshalb darf nicht an die Tatsache erinnert werden, daß in den Dresdner Kommunalbetrieben unter der Regie von Sozialdemokraten über 4000 Arbeiter und Angestellte entlassen und die Löhne über 30 Prozent gesenkt wurden. In der Hitze des Gefechts entschlüpfte Kurpat das Geständnis:

„Die Aktiengesellschaften befinden sich auch nicht in den Händen von Einzelunternehmern, sondern sie gehören in der Regel einem anonymen Personenkreis. **Deshalb besteht auch kein grundsätzlicher Unterschied zwischen einer privaten AG und einer Gemeindebetriebs-AG."**

Die SPD-Bonzen wissen also, daß in einem kapitalistischen Staat auch die öffentlichen Unternehmen nur kapitalistisch bewirtschaftet werden können, und trotzdem wollen sie den Arbeitern weismachen, das seien „Anfänge sozialistischer Gemeinwirtschaft". Zur gleichen Zeit wandeln sie, wie in Dresden, die Gemeindeunternehmen in Aktiengesellschaften um.

In Deutschland gab es einmal den Achtstundentag, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Unterstützung für alle Arbeitslosen ohne Beitragszahlung, die Akkordarbeit war abgeschafft usw. Das hatten sich die Arbeiter in den Revolutionstagen von 1918 erkämpft. Die SPD-Führer haben der Bourgeoisie mit allen Mitteln, von der Arbeitsgemeinschaft über die Nationalversammlung und der Koalitionspolitik bis zur blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse durch die Nosketruppen, geholfen, dem Proletariat das wieder zu rauben.

Wir Kommunisten haben schon damals die Arbeiter aufgefordert, sich mit diesen Zugeständnissen nicht zufrieden zu geben, die nur gemacht wurden, weil die Arbeiter die Waffen in der Hand hatten — und nicht etwa weil die SPD regierte —, sondern die ganze Macht zu erobern. Wir allein haben aber auch in den kommenden Jahren gegen jede Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter gekämpft.

Heute erklärt die SPD frech: „Das sind unsere sozialen Errungenschaften. Die geben auch Kommunisten gar nichts an. Wie kann ihr wagen, sie zu verteidigen."

Doch die Arbeiterschaft erkennt die hinterhältige Demagogie der SPD. Sie begreift, daß nur die KPD den Arbeitern den siegreichen Weg zu ihrer Befreiung aufzeigt und immer breitere Massen schließen sich der roten Einheitsfront an. **Gehe auch du diesen notwendigen Schritt und dokumentiere ihn morgen mit der Wahl der Liste der Kommunisten!**